

Gewerkschaftliche Rundschau

Organ des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen,

Mitglied des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften Deutschlands.

Nr.
15

Erscheint alle 14 Tage. Durch
die Post bezogen vierteljähr-
lich 150.00 Mk.

Köln, den 19. Juli 1923.

Hauptgeschäftsstelle: Bentler
Wall 9. Fernspr. Anno 8538.
Postfach-Konto Köln 18937.

II.
Jahre.

Zuspruch.

Das ist das Klammste von allen Aben:
an Vergangenen herumgrübeln
und sich müde zu machen mit Klagen.
Natt zu sagen:
Was geschehen ist, sei geschehen!
Wir ändern es nicht und wollen lieber
weitergehen und vorwärtssehen
und das Herz uns besser halten,
um in all dem Aus und Ein
trohgerut unsern Mann zu stellen,
wenn es gilt, und nicht aufs neue
wieder so töricht wie damals sein!

Carl Haffner.

Der Kampf mit der Teuerung.

Wie den meisten unserer Mitglieder bekannt sein wird, sind die Verhandlungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft um die Einführung wertbeständiger Löhne, oder richtiger ausgedrückt um die Anpassung der Löhne an die Teuerung, ohne Ergebnis vorläufig beendet. Sie sind gescheitert, weil die Arbeitgeber den Lebenshaltungskosten nicht als Maßstab für die gleitenden Lohnskala anerkennen wollten. Sie schlugen vor, den Goldzollaufschlag als Messer zu nehmen.

Mit diesem Vorschlage konnten sich die Gewerkschaften nicht einverstanden erklären, weil hierdurch voraussichtlich keine Besserung der jetzigen unhaltbaren Zustände zu erwarten war.

Auf die Dauer wird der bisherige Zustand, wo den Arbeitnehmern ein Lohn gezahlt wird, der ihm nicht gestattet, eine den allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen entsprechende Lebenshaltung zu führen, sich gegen die Wirtschaft selbst richten. Aus dem Grunde muß wie nach die wirkliche Teuerung, wie in jeden tagtäglich in Wirklichkeit entgegentritt, als Richtschnur für die Lohnhöhe gelten. Die nunmehr eingeführte verbesserte Form, nach der vom Reichstatistischen Bureau die Teuerung in Indizes ausgedrückt wird, scheint ein durchaus gangbarer Weg zu sein, um den jeweiligen Grad der Teuerung in konkreten Zahlen auszuweisen.

Aber gerade deshalb, weil es auf diesem Wege wenigstens zum guten Teile möglich ist, die Löhne der Teuerung möglichst schnell anzupassen, scheint er von den Arbeitgebern abgelehnt zu sein.

Der von dieser Seite uns gemachte Gegenvorschlag, den amtlichen Goldzollaufschlag als Gradmesser zu nehmen, würde dem Uebel nicht steuern, sondern es nur in einer neuen Form weiter befestigen. Der Goldzollaufschlag ist nämlich gar kein Faktor, der sich aus der Teuerung ergibt, son-

dern der von der Regierung nach den Veränderungen auf dem Geld- und Warenmarkt, aber immer erst nachträglich, festgesetzt wird. Würde dieser Vorschlag angenommen und durchgeführt, dann würde der Kampf um die Höhe des Goldzollaufschlages, seiner viel größeren Bedeutung wegen, mit der Regierung beginnen. Praktisch würde dann ein Teil der Lohnverhandlungen, die sich bis heute nur zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen abspielen, an eine andere Stelle, bei der die Arbeitnehmer weniger Einfluß haben, verlegt. Selbstverständlich nicht zum Vorteil der Letzteren. Auf diesem Wege wird daher nicht weiterzukommen sein. Was wir verlangen ist nicht lediglich eine neue Form der Lohnverhandlungen und der Löhne selbst, sondern eine Anpassung derselben an die jeweilige Teuerung.

Dieses Ziel kann eben nicht erreicht werden, wenn nicht bei den Lohnverhandlungen von den wirklichen Kosten der Lebenshaltung ausgegangen wird. Wenn die Arbeitgeber nicht freiwillig einen Teuerungsgradmesser in Anwendung bringen wollen, der ein richtiges Bild von der realen Wirklichkeit gibt und auch fernerhin es der gesamten Industrie, dem Handel, der Landwirtschaft und jedem Krämer gestatten wollen, vor wie nach die Preise den Löhnen ständig voraussetzen zu lassen, dann müssen eben andere Seiten aufgezo-

gen werden. Kann man es den Arbeitnehmern verdenken, wenn sie es ablehnen, ihre Lebenshaltung immer mehr in Abhängigkeit geraten zu lassen vom Dollarstand, der nur zum Teil abhängig ist vom Stande der Wirtschaft, um so mehr aber vom nationalen und internationalen Kapital und von Börsenspekulationen und Schiebern sehr stark beeinflusst wird.

Wenn auch eine gesetzliche Regelung dieser brennenden Frage nicht allzu leicht, ihre praktische Durchführung im wirtschaftlichen Leben voraussichtlich keinen allzu großen Erfolg aufweisen wird, muß doch auch versucht werden, auf diesem Wege zum Ziele zu kommen.

Insondere kann verlangt werden, daß Reich, Staat, Gemeinden und die übrigen öffentlichen Körperschaften bei der Entlohnung ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter sich von neuen Gesichtspunkten leiten lassen. Hat sich hier erst die Bemessung des Lohnes von neuen Gesichtspunkten aus durchgeführt, sind praktische Erfahrungen gesammelt, wird es um so leichter sein, in der Privatindustrie dem Handel und Gewerbe neue Wege zu gehen.

Zerbricht die Gewerkschaften!

(Schluß.)

„Freiheit der Wirtschaft“ ist das Schlagwort aller Gegner einer gesunden Sozialpolitik geworden. Als ob wir noch nicht genug wirtschaftliche Freiheit hätten, die es den Erzeugern und Händlern gestattet, das Volk nach allen Regeln der Kunst zu betriegen. Eine Freiheit, die es gestattet, alle Dämme der Staatsgewalt gegen eine wilde Spekulation zu durchbrechen und — um mit dem Reichswirtschaftsminister zu reden — tagtäglich neue Verbrechen an Volk und Staat zu begehen. Aber diese Freiheit der Bewucherung und willkürlichen Preisfestsetzung genügt diesen Kreisen noch nicht. Sie möchten auch im Betriebe, gegenüber den Arbeitnehmern, wieder die volle Freiheit haben, wie sie sie zu der Zeit hatten, als noch die Gewerkschaften einen geringen Einfluß im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben besaßen. Die Wirtschaft soll wieder frei werden von all den „lästigen Fesseln“, die ihr durch die soziale Gesetzgebung, Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, Arbeiterschutzgesetze, Achtstundentag, Betriebsrätegesetz usw. auferlegt sind. Besonderer Widerstand aber wird den Tarifverträgen und dem Schlichtungswesen entgegen gebracht. Nach Ansicht dieser Kreise ist die elende Lage des deutschen Volkes nur eine Folge des Rückganges der Produktion, bedingt durch die beschränkte Arbeitszeit und der übrigen gesetzlichen und tariflichen Bindungen. Ein Wiederaufbau könne nur nach Beseitigung dieser Maßnahmen erfolgen. Man tut gerade so, als ob der Krieg und Friedensvertrag keine wirtschaftlichen Folgen für Volk und Wirtschaft hätte. Je größer die Mitschuld am Kriege und seiner nicht rechtzeitigen Beendigung auf einzelnen Ständen und Klassen lastet, um so nachhaltiger versuchen sie heute die Schuld für den wirtschaftlichen Niedergang auf die Arbeitnehmer abzuwälzen.

So viel klare Erkenntnis der Dinge aber haben sie sich bewahrt, um einzusehen, daß die Durchsetzung ihrer Pläne, mittels der Gesetzgebung heute nicht mehr möglich ist, wenn es nicht gelingt, ein Teil der Arbeitnehmer selbst vor ihren Wagen zu spannen. Vorbedingung hierfür, wie auch um die lästigen Tarifverträge zu beseitigen, ist aber die Zerschlagung, wenigstens eine wesentliche Schwächung der Gewerkschaften. Und da verfährt man wieder auf den Weg über die Gelben. Trotz Arbeitsgemeinschaften, trotz der eifrigen Bemühungen man-

der tüchtigster Führer im Arbeitgeberlager gibt es doch aber noch sehr viele, wenn nicht die Mehrzahl, die sich innerlich noch nicht mit der Gleichberechtigung aller Stände abgefunden haben. Die zwar äußerlich, dem Zwange der Umstände folgend, das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer anerkennen, aber auch jeder Revindizierung nach rückwärts freudig ihre Zustimmung geben.

Bezeichnend für diese Meinung ist eine Tagung eines rheinischen industriellen Wirtschaftsverbandes im Wuppertale vor sich zu einer Tagung am 18. Mai den pommerischen Bauernführer von Dewitz verabschiedet hatte, um sich in der Gründung von gelben Gewerkschaften unterrichten zu lassen. Bezeichnend ist ein Beschluss, „die Gedanken der pommerischen (Landwirtschaftlichen gelben) Bewegung in analogem auf die Industrie übertragenem Sinne an hier zu verwirklichen“. Und was forderte der pommerische Landbund und ihr Führer? Nichts mehr und nichts weniger, wie Abschaffung der Tarifverträge, Zerlegung der Gewerkschaften, ein Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, geregelt durch die Macht des Stärkeren.

Wenn diese Tagung mit solchen Beschlüssen möglich ist, in unmittelbarer Nähe des bedrohten Ruhrgebietes, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer unmittelbar tagtäglich zur Vertretung ihrer nassen Spitzen aufeinander angewiesen sind, wie mag es denn in anderen Bezirken aussehen?

Aber auch hier zeigte sich wieder, wie störrische Unternehmer und Industriekapitäne gemeinsam die Begründung ihrer Schärfmachereien auf die Auswüchse in der kommunistischen Arbeiterbewegung aufbauen.

Neben sonstigen Gefahren für die Weiterführung der deutschen Sozialpolitik, dürfen wir auch diese Kräfte nicht außer Acht lassen.

Jetzt erst recht heißt es die gewerkschaftliche Organisation hockstellen, sie weiter zu stärken.

Den Gegnern von rechts und links zum Trotz.

Landwirtschaftliches und Soziales.

Deutschlands Ernährungsnot.

Deutschland war schon vor dem Kriege nicht mehr in der Lage, den vollen Nahrungs-mittelbedarf für seine Bevölkerung auf dem heimischen Grund und Boden zu erzeugen. Für ein Fünftel bis ein Sechstel der Bevölkerung mußten die Lebensmittel aus dem Ausland bezogen werden. Durch die Gebietsabtretungen hat die heimische Nahrungsmittelversorgung eine weitere erhebliche und gefährdende Einengung erfahren, da gerade landwirtschaftlich sehr ertragreiche Gebiete abgetrennt werden mußten. Der fruchttragende Boden und der Viehbestand haben sich in weit höherem Maße verringert, als die Bevölkerungs-zahl. In den auf Grund des Vertrages von Versailles abgetrennten Gebieten hat Deutschland eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 4,96 Millionen Hektar verloren, d. h. 14,8 v. H. seiner gesamten landwirtschaftlichen Ackerlandbestände gegenüber einem Menschenverlust von 10 v. H. Der Verlust an Anbaufläche für die wichtigsten Fruchtarten beträgt bei

Weizen 292 458 Hektar oder 14,8 v. H.
Roggen 1 133 405 Hektar oder 17,7 v. H.

Sommergerste 270 829 Hektar oder 16,4 v. H.
Hafer 486 074 Hektar oder 11,2 v. H.
Kartoffeln 586 709 Hektar oder 17,2 v. H.

Zu dem Verlust wichtiger landwirtschaftlicher Überflugsgebiete kommt weiter als erschwerend für die Ernährungsverhältnisse der deutschen Bevölkerung hinzu, daß auch in den uns verbliebenen Teilen die Landwirtschaft infolge Mangels an genügenden hochwertigen Düngemitteln nicht mehr soviel zu produzieren vermag wie in der Vorkriegszeit. Dieser Mangel macht sich um so empfindlicher bemerkbar, als der Boden während der Kriegsjahre nur ungenügend gedüngt werden konnte, so daß er heute noch sehr düngerarm und ausgelaugt ist. Nur die Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit Kalk kann als ausreichend angesehen werden. Dagegen ist die Versorgung mit den übrigen Düngemitteln einschl. Stickstoff ungünstig und entspricht in keiner Weise der Nachfrage. Wohl ist in der Nachkriegszeit die Stickstoffproduktion wesen-

Ein wertbeständiger Lohn

wird nur dann erreicht und ein weiters Herabfallen der Arbeitnehmer auf sozialen und wirtschaftlichen Gebieten verhindert, wenn die gewerkschaftliche Organisation

stark und leistungsfähig erhalten bleibt. Daher sei mit allem Ernste, „es hilft doch nichts“. Unsere Geschicke sind trotz der mäßigen Umstände doch noch zum guten Teile in unsere eigenen Hände gelegt.

Wer sich hier feige bei Seite drückt, hat kein Recht zu klagen und sich zu beschweren.

Die Erfolge der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete müssen über diese schwere Zeit hinweg gerettet werden.

sich erhöht worden, eine weitere ausreichende Steigerung ist jedoch wegen des Kapitals, Rohen- und Rohstoffmangels nur im Laufe von Jahren möglich.

Die Folge all dieser ungünstigen Verhältnisse ist eine fortschreitende Extensivierung der landwirtschaftlichen Betriebsweise, ein starker Rückgang der intensiven Wirtschaft und damit eine Abnahme der Bodenfruchtbarkeit, wie sich aus dem nachstehenden Vergleich der Nachkriegsjahre mit dem letzten Vorkriegsjahre ergibt. Es betrug nämlich der durchschnittliche Ertrag (in Doppelzentner je Hektar; bei den wichtigsten Fruchtarten in den Jahren:

	1913	1920	1921	1922
Weizen	24,1	16,8	20,4	14,2
Roggen	19,3	11,5	15,9	12,6
Som.-Gerste	22,0	15,0	17,1	14,0
Hafer	22,0	15,0	15,8	12,5
Kartoffeln	157,1	115,2	98,8	149,4
Zuckerrüben	804,4	243,8	204,9	258,8

Aber nicht nur die Bodenbewirtschaftung, sondern auch die deutsche Viehwirtschaft hat bedeutend an Intensität und Leistungsfähigkeit eingebüßt. Zum Teil erklärt sich dies aus den Viehablieferungen an die Entente-länder, zum Teil aus dem Rückgang der Futtermittelproduktion des deutschen Bodens, zum Teil ist dieser Rückgang aber auf die starke Einschränkung zurückzuführen, welche die Einfuhr ausländischer Kraftfuttermittel infolge der Marktentwertung und der verringerten deutschen Kaukraft erfahren hat. Die starke Verringerung der Fleisch-, Milch- und Fettproduktion, welche Deutschland vor dem Kriege in seiner he-

mischen Viehwirtschaft erzielte, war nur mög-lich durch eine beträchtliche Einfuhr von Fut-tergerste für den damals vorherrschenden Schweinebestand und von etwelchen Fut-termitteln. Sie hat nahezu aufgehört.

Besonders stark wurde von diesem Rückgang der Futtermittelzufuhr die Schweine-zucht betroffen. Der Schweinebestand hat sich im heutigen Reichsgebiet von 22,5 Millionen im Jahre 1913 auf 14,7 Millionen am 1. De-zember 1922 vermindert; d. h. eine Abnahme um 35 v. H. Dabei ist der Rückgang der Ge-wichte der Tiere noch nicht einmal berücksich-tigt. Dieser brüht den Umfang des Vieh-bestandes von 1922 noch tiefer unter den von 1913. Auch die sonstige Fleischproduktion sowie vor allem die Milch- und Fetterzeugung ist unter diesen Verhältnissen außerordentlich stark zurückgegangen. Nach sachverständigen Schätzung ist die deutsche Milchproduktion der Menge nach von 12 Milliarden auf 7,8 Milli-arden Liter gesunken. Unter Berücksichtigung ihres Fettgehaltes ist sie sogar um mindestens die Hälfte zurückgegangen. Im ganzen steht also Deutschland heute im Verhältnis zu dem ihm verbliebenen Einwohnerzahl eine bedeu-tend kleinere Ernährungsbasis zur Verfügung. Es ist deshalb in noch stärkerem Maße als vor dem Kriege auf Nahrungsmittelfuhr und zur Bezahlung derselben auf Steigerung sei-ner industriellen Tätigkeit angewiesen.

R. W. B.

Vergeblüche Liebeswäh.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Brüning richtet an den Reichsverband der deutschen In-dustrie, den Zentralverband des deutschen Großhandels, den Reichsverband des deutschen Ein- und Ausfuhrhandels und den deutschen Industrie- und Handelstag folgenden Mahn-ruf: „Die Devisenpolitik der Reichsregierung kann nur dann Erfolg haben, wenn die in-dustriellen Betriebe und Handelsfirmen sich bei ihren Anforderungen an den Devisenmarkt, insbesondere zwecks Einkauf ausländischer Rohstoffe und Waren, die allergrößte Ein-schränkung auferlegen. In den Erörterungen über unsere Devisenlage fehlt auch immer die Behauptung wieder, daß sowohl die Rohstoff- und Warenlager wie die Devisenbestände bei vielen Firmen über das unbedingt erforder-liche Maß hinausgehen. Solche Bestände je-wohl unsere Wirtschaft ruhbar zu machen, ist vaterländische Pflicht angesichts der schweren Gefahren, die die Reichswirtschaft be-drohen, wenn dem Verfall der deutschen Wäh-rung nicht Einhalt geboten werden kann. Ich richte an alle Kreise der deutschen Wirtschaft das dringende Ersuchen, die Reichsregierung nicht nur durch peinliche Befolgung der von ihr erlassenen Vorschriften, sondern auch durch freiwillige verständnisvolle Mitarbeit zu un-terstützen. Die wirtschaftlichen Kreise werden sich bei allen geschäftlichen Maßnahmen, welch-irgend auf den Stand der Reichsmark Einfluß haben können, Rücksicht darüber ablegen müssen, ob ihre Geschäfte dieser Art sachlich und zeitlich von solcher Dringlichkeit sind, daß ihre Durchführung im gegenwärtigen Zeitpunkt der Währungsnot gegenüber der deutschen Gemein-wirtschaft verantwortet werden kann. Ich würde es mit Dank anerkennen, wenn die maßgebenden Spitzenverbände in diesem Sinne auf ihre Mitglieder mit Nachdruck einwirken würden.“

Die Wirtschaft hört ich wohl, doch mir fehlt der Glaube, möchte man ausrufen, wenn man dieses Liebeswerben hört. Mit einem solchen Bitte wird kein Eindruck auf harigefotenen Ruckelgeschäftsleuten geschaf-fen. Als im April-Mai dieses Jahres

Markt in etwa stabil war, fand man schon andere Maßnahmen, um den Lohnsteigerungen Einhalt zu gebieten und hat sich nicht mit einer Bitte an die Arbeitnehmer begnügt.

Erhöhung der Brotpreise.

Vom 23. Juli ab wird die Reichsgetreidekasse für den Gemeindevorstand Getreide zu einem von 800 000 Mark auf 2,4 Millionen Mark pro Tonne erhöhten Preis abgeben. Das ist eine Verdreifachung. Die Erhöhung war erforderlich wegen der sich durch die Marktentwertung immer mehr steigenden Verluste der Reichsgetreidekasse, die auch mit der neuen Maßgabe noch bei weitem keine volle Deckung finden. Die Heraushebung des Abgabepreises wird auch eine Steigerung der Brotpreise naturgemäß zur Folge haben, die man etwa auf durchschnittlich das Doppelte des bisherigen annehmen kann.

Wenn die Reichsgetreidekasse versichert, daß auch nach dieser Erhöhung das Markenbrot noch nicht den dritten Teil des marktfreien Brotes kosten wird, ist dieses für die große Masse trotzdem ein recht schlechter Trost.

Alkoholverbotsförmung in Hamburg.

Die Schädigung unserer Volksgesundheit und Volkswohlfahrt durch den wieder wachsenden Alkoholverbrauch gibt Anlaß zu lebhafter Besorgnis. Noch mehr beunruhigten namentlich heute die damit einhergehenden stillen Schäden alle sich für die innere Gesundung unseres deutschen Volkes verantwortlich fühlenden Kreise. So kommt es, daß heute härteste Maßnahmen, ja das Verbot, in Kreisen unseres Volkes ernsthaft erörtert werden, die bisher glaubten, diesem Volksübel mit mildernden Maßnahmen beikommen zu können. Auch die Besorgnis um unsere Jugend, die ernstlich gefährdet ist, trägt dazu bei, diesen Dingen größere Aufmerksamkeit zu widmen. Dazu kommt, daß durch das neue Schankstättengesetz und das darin enthaltene Gemeindebestimmungsrecht die Öffentlichkeit gezwungen sein wird, sich mit diesen Maßnahmen mehr als früher zu beschäftigen. Das läßt eine Erörterung und Klärung der Frage des Alkoholverbots zwischen allen um die innere Kultur des deutschen Volkes ringenden Männern und Frauen notwendig und willkommen erscheinen. Der Allgemeine Deutsche Zentralverband zur Bekämpfung des Alkohols (Vorsitzende: Prof. Delbrück, Bremen, und Vater Franke, Berlin), in dem alle deutschen Enthaltensvereine, die Guttempler, Blaues Kreuz, Kreuzbündnis usw. sich zusammengeschlossen haben, ladet nun in gemeinsamer Arbeit mit dem Ausschuß für Alkoholverbot in Deutschland zu einer Konferenz vom 26. bis 28. August nach Hamburg ein, um die mit dem Verbot gemachten Erfahrungen durch Vorträge von Vertretern verschiedener Länder mit teilweise oder völligem Verbot und durch Personen, die aus eigener Anschauung und Erfahrung schöpfen, klar zu stellen. Erwünscht ist hierbei die Teilnahme aller Kreise, die sich für die Gestaltung der Zukunft und namentlich auch des inneren Lebens unseres Volkes verantwortlich fühlen. Mitteilungen und Anfragen sind an Herrn Dr. Goesch, Hamburg 30, Eppendorferweg 211, zu richten.

Die Lebenshaltung im Monat Juni. Die Lebenshaltungskosten für Lebenshaltungskosten, Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung stellt sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts im Durchschnitt des Juni auf 7650 (1913/14 = 1) gegenüber 3818 im Mai. Die Steigerung gegenüber dem Vormonat beträgt somit 100,5 %. Die Index-

ziffer ohne Bekleidung beträgt 8979, die Steigerung gegenüber Mai 93,2 %. Die Ernährungskosten allein sind um 102,3 % auf das 9347fache, die Bekleidungskosten um 109,8 auf das 11 905fache der Vorkriegszeit gestiegen. Diese Zahlen sind trügerisch insofern die sprunghafteste Preissteigerung sämtlicher Lebensbedürfnisse wesentlich überhöht. Am 20. Juni war die Gesamtindexziffer auf 9272 gestiegen und am 27. Juni, der Mittwoch der letzten Juniwoche, auf 11 785.

Der vorstehende Bericht, der am 7. Juli in Berlin herausgegeben ist, zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die bisherige Art der Berechnung der Teuerung nur noch einen Wert für eine geschichtliche Darstellung der wirtschaftlichen Vorgänge hat. Für die Preis- und Lohnfestsetzungen muß sie bereits vollständig ausscheiden, da die Durchschnittsberechnung für einen ganzen Monat, wo Schwankungen in den Preisen vom ersten bis letzten Tag 100 Prozent und mehr betragen, gar kein Bild mehr von den wirklichen Verhältnissen geben, wenn die Ergebnisse herauskommen. Hoffentlich wird die neue Erhebungs- und Berechnungsform diese Mängel gründlich beseitigen.

Arbeiterbewegung.

Rückwärts! Marsch! Marsch! Die den Berliner Gemeindeführern, bisher über das Betriebsrätegesetz hinaus eingeräumten Rechte wurden rückwärts revoliert, weil, wie es in der Begründung heißt: „Sie zu dauernden Konflikten geführt haben.“ Mit den städtischen Forstarbeitern ist ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen, in dem das bisher über den Rahmen des Betriebsrätegesetzes hinausgehende, den Arbeitern eingeräumte Mitbestimmungsrecht auf das gesetzliche Maß zurückgeführt wird.

Wenn der in der Mehrheit aus Sozialisten bestehende Magistrat und eine ebenfalls in der Mehrzahl aus Sozialisten bestehende Organisation sich zu dieser Maßnahme veranlaßt sehen, dann scheint es doch so, als wenn ein Teil der betreffenden Arbeiter, insofern der sozialen gewerkschaftlichen und politischen Erziehung, noch nicht reif sind, um von weitergehenden Rechten den richtigen Gebrauch machen zu können.

Willenskundgebung der christlichen Gewerkschaften zur französischen Gewaltherrschaft.

Die christlichen Gewerkschaften des atobefetzten Gebietes haben in einer Stadt des unbefetzten Gebietes angesichts der entscheidenden Bedeutung der gesamten politischen Lage erneut Stellung zu den vorerwähnten Tagesfragen genommen. Gegenüber den mit allen Mitteln betriebenen Versuchen der französischen Regierung, das befestigte Gebiet staatsrechtlich von Deutschen Reich zu trennen, dieses Gebiet politisch, militärisch und wirtschaftlich völlig zu beherrschen und damit das ganze übrige Deutschland unter seine Botmäßigkeit zu bringen, sowie gegenüber der Forderung der französischen Regierung nach Aufhebung des passiven Widerstandes, d. h. nach bedingungsloser Kapitulation erklären die christlichen Gewerkschaften folgendes:

„Jeder Versuch, uns vom Reich zu trennen und uns eine andere staatsrechtliche Form aufzuzwingen, aber unsere Eisenbahnen und Polizei unter fremde Oberhoheit zu stellen, wird unseren härtesten und dauernden Widerstand finden. Wir nehmen das von den Siegermächten seiner Zeit feierlich verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für uns in Anspruch. Eine Aufgabe des passiven Widerstandes im Sinne der französischen For-

derungen kann für uns nicht in Frage kommen. Wir sind nicht gewillt, durch bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes Betrug zu üben an all den vielen Tausenden von Ausgewiesenen, von Heer und Heim Vertriebenen und in den Gefängnissen schmachtenden Brüdern und Schwestern. Wir fordern die Wiederherstellung der persönlichen staatsbürgerlichen und rechtlichen Sicherheiten und Freiheiten der Bewohner des französischen und belgisch besetzten Gebietes und Einstellung der brutalen militärischen Gewaltherrschaft.

An alle Kulturenationen der Erde aber richten die christlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen des besetzten Gebietes die ernste Frage: Wie lange noch wollt ihr tatenlos zusehen, wie die friedliche Bevölkerung eines hoch kultivierten europäischen Landes von einer weißen und farbigen Soldateska auf schlimmste in seiner Menschenwürde mißhandelt wird? — Die brutale Vergewaltigung des Rechts, wie sie zur Zeit im Rheinland und Westfalen von fremden Mächten Tag für Tag ausgeübt wird, muß eines Tages zu einem schrecklichen Erwachen für ganz Europa führen!“

Betriebsrätetagen.

Entscheidung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates vom 2. Mai 1923.

Der Betriebsausschuß ist nicht berechtigt, diejenigen Mitglieder des Betriebsausschusses zu bestimmen, die von der Arbeit zu befreien sind. Die Auswahl der vom Dienst zu befreienden Betriebsratsmitglieder hat vielmehr in allen Fällen von dem gesamten Betriebsrat nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit zu erfolgen.

Beamtenfragen.

Die neue Gehaltsregelung ab 1. Juli.

Bei den am 7. Juli stattgefundenen Verhandlungen wurde folgende Neuordnung der Gehälter und Zulagen beschlossen.

1. Erhöhung des allgemeinen prozentualen Teuerungszuschlages zum Grundgehalt, Ortszuschlag und Abinderzuschläge ab 1. Juli von 87 Prozent auf 237 Prozent.
2. Erhöhung der Frauenzulage von 64 000 M auf 168 000 M monatlich.
3. Erhöhung des Kindergeldes bis zum 6. Lebensjahr auf 80 000 M „ „ 14. „ „ 80 000 M „ „ 21. „ „ 100 000 M
4. Erhöhung der Besorgungszulage von 80 000 auf 144 000 M.
5. Erhöhung des Kinderzuschlages zur Besorgungszulage von 16 000 auf 28 000 M.

Die örtlichen Sonderzuschläge wurden mit Wirkung ab 1. Juli wie folgt neu festgelegt:

Zuschlagsgruppe	bisher	jetzt
I	5 %	8 %
II	9 %	17 %
III	14 %	25 %
IV	19 %	34 %
V	23 %	42 %
VI	28 %	51 %
VII	33 %	59 %
VIII	37 %	67 %
IX	42 %	76 %
X	47 %	84 %
XI	70 %	93 %
XII	84 %	110 %
XIII	94 %	126 %

Wegewärter.

Die Lohn- und Dienstverhältnisse der Provinzial- und Kreisstraßenwärter Westfalens.

In der Vor- sowie Nachkriegszeit bis zum Anfang des Jahres 1922 waren die Lohn- und Dienstverhältnisse der Straßenwärter Westfalens sehr verschiedenartig geregelt und auch besonders trostlos. Dieses hatte seinen Grund darin, daß die Straßenwärter zum Teil ohne gewerkschaftliche Organisation, oder aber in den verschiedensten Verbänden organisiert waren. Durch den Anschluß an unsern Verband, als die zuständige Organisation, hat sich dieses Verhältnis, wenn auch nicht vollständig, so doch wesentlich gebessert. Wenn auch die letzten Löhne keinesfalls den Lebensverhältnissen entsprechen, so muß doch anerkannt werden, daß in keinem anderen Berufsstand die Löhne prozentual derartig gehoben sind, wie bei den Straßenwärttern. Besonders haben wir Gewicht darauf gelegt, daß die Lohnverhältnisse bei der Provinz sowie bei den einzelnen Kreisen einheitlicher geregelt wurden. Es ist uns gelungen, für die Wärter des Kreises Arnsberg, Bielefeld, Lippspringe, Soest, Warburg usw. die Löhne mit denen der Provinz gleichzustellen. Für die Kreise Dortmund, Hordelhausen und Hamm gelten jeweils die Lohnsätze für Gemeindefunktionäre nach dem Tarifvertrag Rheinland und Westfalen. Diese Regelungen, welche uns als Organisation nicht immer leicht geworden sind, wurden von den Kreisstraßenwärttern freudig begrüßt, weil sie einestells in der Entlohnung erheblich besser gestellt, zum anderen die jeweiligen Verhandlungen überflüssig wurden. Auch dieses letztere ist ein Vorteil, wenn man bedenkt, daß eine Kreisverwaltung zum Verhandlungssitz kommt, inwieweit eine gewisse Zeit verstrichen ist, zum anderen aber auch bei den in Frage kommenden Kreisverwaltungen das nötige Verständnis für eine gerechte Entlohnung nicht leicht zu finden ist. Bei der Einstellung in der Entlohnung wurde größtenteils die staatliche Ortsklasseneinteilung zugrunde gelegt. In den letzten Monaten ist die Lohnaufstellung nicht zu unserer Zufriedenheit ausgefallen und mag dieses zum Teil auf politische Verhältnisse zurückzuführen sein. Auf der anderen Seite kann man aber leider mehr und mehr feststellen, daß auch die Kommunalverwaltungen bei Festlegung der Löhne sich nach dem Angebot und der Nachfrage von Arbeitskräften leiten lassen. Der Umstand, daß die Wärter in den ländlichen Bezirken zum Teil an ihrem Besitzum gebunden sind, oder daß für dieselben keine andere Arbeitsmöglichkeit bietet, wird von den Verwaltungen allzu sehr ausgenutzt und erschwert unsere Verhandlungen sehr. Diese Einstellung der Verwaltungen ist zu bedauern, aber leider haben wir mit dieser Tatsache zu rechnen. Trotz alledem müssen wir und werden wir alles versuchen, um auch den Kollegen in den unteren Wirtschaftskreisen einen Verdienst zu bringen, der bei den heutigen Verhältnissen in etwa eine Erleichterungsmöglichkeit bietet.

Betreffs des Soziallohnes (Frauenzulage und Kindergeld) geht der Wunsch der Kollegen dahin, die Frauenzulage auch für Kinder über das 14. Lebensjahr hinaus zu erhalten. In einzelnen Kreisen: Bielefeld, Soest, Bielefeld, Hamm usw. ist die Grenze bereits auf das 16. Lebensjahr festgelegt. Auf dem Gebiete der Alters- und Hinterbliebenenversorgung ist die Organisation nicht müßig gewesen und wurde zunächst im vorigen Jahre für die Provinzialstraßenwärter eine Ruhegeldordnung geschaffen. Unsere Aufgabe bestand nun darin, dasselbe für die Kreisstraßenwärter zu erreichen. Bisher ist uns dieses bei der Kreisverwaltung Lippspringe, sowie Soest gelungen. Für die Kreise Bielefeld, Arnsberg sind bereits Verhandlungen eingeleitet. Ein wesentlicher Fortschritt für die Wärter des Kreises Soest besteht darin, daß ab 1. Juni d. Js. wieder die arbeitsfreie Arbeitszeit eingeführt wurde, weil es bei der früheren sechsstündigen Arbeitszeit

mit dem sich hieraus ergebenden Einkommen nicht möglich war, eine Existenzmöglichkeit zu finden.

Unter Augenmerk werden wir in Zukunft auch darauf richten müssen, daß die zu beauftragende Wegestrecke nicht zu lang bemessen wird. Bisher waren Strecken von 5 bis 10 Kilometer zu verzeichnen.

Wenn auch nicht alle Wünsche der Kollegen bisher restlos erfüllt sind, so wird man das Erreichte doch zu würdigen wissen. Unter Ausbietung aller Kräfte und durch die Mitarbeit eines jeden einzelnen Kollegen wird es möglich sein, die Lohn- und Dienstverhältnisse einheitlich in unserem Sinne zu regeln. Darum auf zur weiteren Mitarbeit!

Bemerkenswerte Entscheidungen der Schlichtungsinstanzen.

Müssen bei Bemessung des Krankenlohnes die während der Krankheitsdauer eingetretenen Vorkerbühungen berücksichtigt werden?

Die Bezirksstelle Marburg nach dem R.M.T. für Gemeinbedarbeiter hat diese sich aus § 9 des R.M.T. ergebende Frage bejaht. Sie ist bei ihrem Urteil davon ausgegangen, daß die Begriffe „Höhe und Dauer“ (§ 9 Ziffer 4, Absatz 2 R.M.T.) untrennbar nur die Dauer und Prozenthöhe des auszufahrenden Krankenlohnes in sich schließen, während die Höhe des Lohnes, aus dem die Prozente zu berechnen sind, gleitend bleiben soll.

Die Tätigkeit als Beisitzer an Schlichtungsausschüssen wird die der Schlichter gleichgestellt, hat der Hauptauschuss entschieden. Demnach ist der Lohn für die durch Teilnahme an Sitzungen veräußerte Arbeitszeit durchzubehalten. Der Arbeitnehmer hat sich aber die von den Schlichtungsausschüssen gezahlte Entschädigung auf seinen Lohn anrechnen zu lassen.

Der Krankenlohn ist auch für die Zeit der Streikdauer weiterzuzahlen hat das Schlichtungsgericht nach dem Tarifverträge mit den Gruppen Essen, Dortmund und Elberfeld des Arbeitgeberverbandes der Straßenbahnen entschieden. Wie auch der Hauptauschuss in seinen Entscheidungen vom 24. 8. 21 und 24. 11. 21 stellt sich die Bezirksstelle auf den Standpunkt, daß für die erkrankten Angestellten der Tarifvertrag auch dann gilt und beachtet werden muß, wenn die übrigen arbeitsfähigen Angestellten sich im Auslande befinden. An dieser Rechtslage, so führt die Begründung aus, wird auch durch die neuere Rechtsprechung, wonach bei einem Streik der arbeitswillige, aber an seiner Dienstleistung gehinderte Teil, keinen Anspruch auf Lohnzahlung mehr haben soll, nichts geändert.

Aus den Bezirken und Ortsgruppen.

Zwischen i. S. Am 25. Juni fand unsere gutbesuchte Monatsversammlung, zu welcher der Hauptvorsitzende Kollege Debnach (Köln) erschienen war, statt. Derselbe bot uns in einem hochinteressanten Vortrage: „Der Zusammenbruch unserer Wirtschaft und unsere Aufgaben“, sowie in dem Berichte über die Verhandlungen zum Reichsmanteltarif für Gemeinbedarbeiter äußerst wertvolles und Lehrreiches dar. Hieraus brachte der Bezirksleiter Kollege Rowad (Leipzig) die neuen Löhne zur Kenntnis der Versammlung. Man beschloß nach der Erhöhung der Arbeitszeit und nach dem Bericht über die tagelange in Leipzig stattgefundene Bezirkskonferenz entgegen. Diesen erstattete der Vorsitzende

Kremer und forderte die Kollegen zu reger Mitarbeit und treuem Aushalten beim Verbande trotz der äußerst schwierigen Verhältnisse auf. Man trennte sich in dem Bewußtsein einen lehrreichen Abend verbracht zu haben.

Die neue Postgebührenordnung.

(Ausheiden und Aufbewahren.)

Am 1. August tritt eine wesentliche Erhöhung der Postsätze in Kraft. Nach dieser Kosten:

Postkarten im Ortsverkehr 200 M., im Fernverkehr: 300 M.,

Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gr. 400 M., über 20—100 Gr. 600 M., im Fernverkehr bis 20 Gr. 1000 M., über 20—100 Gr. 1200 M.

Drucksachen bis 25 Gr. 200 M.

Päckchen bis 1 Kg. 2000 M.

Patete in der ersten Zone bis 3 Kg. 2400 M., über 3—5 Kg. 2600 M., über 5—6 Kg. 4200 M., in der zweiten Zone bis 3 Kg. 4800 M., über 3—5 Kg. 7200 M., in der dritten Zone bis 3 Kg. 4800 M., über 3—5 Kg. 7200 M.

Postanweisungen bis 10000 M. 800 M., über 10000 bis 50000 M. 1000 M., bis 1 Million 4800 M.

Zahlscheine bis 10000 M. 200 M., bis 50000 M. 250 M., bis 2 Millionen 2000 M.

Gewöhnliche Telegramme im Fernverkehr, Grundgebühr 1600 M., Wortgebühr 800 M., im Ortsverkehr die Grundgebühr 800 M., die Wortgebühr 400 M.

Druckgesprächgebühr 500 M., Ferngesprächgebühr für über 5—15 Km. einschl. 1500 M., für 500—600 Km. 22500 M., jede weiteren angefallenen 100 M. 3000 M. mehr. Die Jahresgrundgebühr bleibt bis Ende September 1923 unverändert.

Verbandsnachrichten.

In der Woche vom 22. bis 28. Juli ist der 30. Wochenbeitrag fällig.

Strasporto. Die Ortsgruppen werden bringen ersucht, die jeweils gültige Postgebührenordnung genau zu beachten. Bei den fast monatlichen Änderungen der Postsätze mehrten sich die Fälle, wo die Hauptgeschäftsstelle Strasporto zu leisten hat. Diese unnötigen, bei etwas Aufmerksamkeit zu vermeidenden erheblichen Ausgaben, werden in Zukunft wieder den Ortsgruppen in Rechnung gestellt.

Der Zentralvorstand.

Gedächtnis.

Gestorben sind die Kollegen:

Adolf Wägenfelder, München	14. 5. 23
Edwig Karle, Karlsruhe	15. 5. 23
Paul Gutmann, Reutlingen	22. 5. 23
Josef Bollath, Weiden	28. 5. 23
Walter Jäger, Weiden, Trier	28. 5. 23

Ehre Ihrem Andenken!

Redaktion und Verlag:

J. Widmann, Köln, Venloerwall 9.
Druckerei: Volkswacht-Verlag, Köln, Domstr. 6.